2017/10 Thema

https://www.jungle.world/artikel/2017/10/pioniere-des-rechtspopulismus

Wilders ist nicht allein – die Verbreitung des Rechtspopulismus in den Niederlanden

Pioniere des Rechtspopulismus

Von **Tobias Müller**

Geert Wilders will niederländischer Ministerpräsident werden. Da niemand mit ihm regieren will, wird daraus vermutlich nichts. Die Debatte über Zuwanderung und nationale Identität werden die Niederlande auch ohne ihn nicht los.

Vor 15 Jahren machte sich der politische Quereinsteiger Pim Fortuyn auf, um niederländischer Ministerpäsident zu werden. Er griff den Multikulturalismus an, nannte den Islam eine »rückständige Religion« – was damals noch offene Empörung auslöste – und spielte mit der Idee, im Namen der Meinungsfreiheit das Diskriminierungsverbot aus der Verfassung zu streichen.

Fortuyn löste mit seinen Äußerungen Begeisterung und Entrüstung aus, er rief zum ersten Mal auch jene hysterische Stimmung hervor, die den niederländischen Diskurs über Identität und Integration seither beherrscht. Das Gewaltpotential dieser Stimmung offenbarte sich am 6. Mai 2002, neun Tage vor den Parlamentswahlen, als der Tierschützer Volkert van der Graaf Fortuyn erschoss.

Kurz vor der diesjährigen Parlamentswahl vom 15. März gab Geert Wilders von der rechtspopulistischen Partij voor de Vrijheid (PVV) der ARD ein Interview und bezog sich darin ausdrücklich auf den »Helden« Fortuyn, der »um Aufmerksamkeit für Probleme warb, bevor ich das tat«. Dass er den Mörder einen »radikalen Moslem« nannte, führte er später auf eine Verwechslung mit Theo van Gogh zurück, dem Regisseur, der 2004 tatsächlich von einem Jihadisten auf offener Straße ermordet wurde.

Seit dem Jahr 2006, als die gerade gegründete PVV erstmals an Wahlen teilnahm, ist sie die politische Nachlassverwalterin Fortuyns. In diesem Jahr, das hat Wilders mehrfach unterstrichen, will sie endlich Wahlen gewinnen, wovon schon Fortuyn, ein Prototyp des westeuropäischen Rechtspopulisten, träumte. Wilders könnte der erste seiner Nachfolger sein, der diesen Anspruch einlöst.

In Umfragen liegt die PVV nahe an der regierenden liberalen Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD). Beide kommen derzeit mit jeweils rund 16 Prozent der Stimmen auf 25 der 150 Parlamentssitze. Die vergleichsweise niedrigen Anteile mögen überraschend wirken, sind aber Ausdruck einer niederländischen Besonderheit. Die Hürde für den Sprung ins Parlament liegt nur bei 0,67 Prozent, was auch erklärt, warum in der Tweede

Kamer, dem Unterhaus des nationalen Parlaments, derzeit elf Parteien und sechs abgespaltene Fraktionen vertreten sind.
Diese Dimensionen gilt es im Auge zu behalten, wenn internationale Medien, wie häufig in diesen Tagen, den niederländischen Rechtsruck zu ergründen versuchen. Zudem befinden sich die Populisten seit einem Monat in einem langsamen Abwärtstrend. Seit Ministerpräsident Mark Rutte bekräftigt hat, nicht mit der PVV regieren zu wollen, sieht es so aus, als würde Wilders' Partei erneut in der Opposition landen, was viele Sympathisanten offenbar ihre Entscheidung überdenken lässt.
Diejenigen, die PVV wählen, tun das aus unterschiedlichen Gründen. Zum einen ist da ein starkes xenophobes Element, das sich im Unbehagen über eine vermeintliche Überfremdung äußert. Vielfach profitiert die Partei, zu deren Programm die Rücknahme von Sozialkürzungen und ein niedrigeres Rentenalter gehören, auch von der Proteststimmung gegen fortschreitende ökonomische und soziale Deklassierung. Auch die bisweilen rabiate Agitation gegen die EU bringt der Partei Stimmen. Und dann ist da noch das Kerngeschäft: Wilders' Einsatz für die »Deislamisierung der Niederlande«.
Hinter PVV und VVD folgen erst mit bedeutendem Abstand die Christdemokraten (CDA), die Liberaldemokraten (D66) sowie die Partei Groen-Links. Letztere hat im Vergleich zu früheren liberaleren Programmen ihr soziales Profil geschärft und befindet sich als einzige linke Partei im Aufwind. Alle drei Parteien liegen bei rund elf Prozent.
Für die Regierungsbildung dürften sie eine zentrale Rolle spielen, denn sie sind mögliche Koalitionspartner für die anderen Parteien. Zudem könnten sie auch miteinander koalieren. Groen-Links würde eine linksorientierte Regierung mit der sozialdemokratischen Partij van de Arbeid (PvdA) und der Socialistische Partij (SP) bevorzugen, will sich auf diese aber nicht festlegen.
Die linken Parteien sind derzeit allerdings eher abgehängt. Anders als 2012, als die Wahlen im Zeichen der Krise standen, vermag die SP (derzeit bei neun Prozent) im Wahlkampf keinerlei Akzente zu setzen. Die Sozialdemokraten (derzeit bei acht Prozent) sind offenbar die großen Verlierer dieser Wahl. Noch vor fünf Jahren bekamen sie als zweitstärkste Kraft über 24 Prozent der Stimmen. Ihre latente Identitätskrise befindet sich momentan offenbar auf dem Höhepunkt. Dass sie in den vergangenen Jahren mit der VVD eine austeritätsfixierte Regierung bildeten, war an der Parteibasis noch nie beliebt. Jetzt könnte sie zwei Drittel ihrer Parlamentssitze verlieren.
Es wird knapp werden, so dass es nach den Wahlen sicherlich ausgiebige Verhandlungen geben wird, bis eine mehr oder weniger stabile Mehrheit steht und eine neue Koalition in Den Haag ihre Arbeit aufnimmt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird sie aus drei oder mehr Parteien bestehen. Denn selbst rechnerisch wäre es überraschend, wenn eine Zweiparteienregierung mehrheitsfähig würde.
Die derzeit stärksten Parteien, PVV und VVD, liegen Umfragen zufolge zusammen nicht einmal bei 40 Prozent. Und selbst wenn es anders käme, wäre Ministerpräsident Rutte Wortbruch vorzuwerfen, sollte er entgegen mehrfacher Versprechen mit den Rechtspopulisten »in See gehen«, wie eine landestypische Bezeichnung es ausdrückt.
Für die PVV ist diese Konstellation ambivalent: Eine Rolle als stärkste Oppositionspartei bietet einerseits die Möglichkeit, sich weiter als Sand im Getriebe des etablierten Politikbetriebs zu gerieren. Andererseits könnte die Weigerung Ruttes, mit den Rechtspopulisten zu koalieren, der PVV eine Grenze aufzeigen.
Mehrfach wiederholte Wilders in den vergangenen Monaten, dass es im Fall einer

Wahlniederlage seiner Partei zu einer Revolte kommen werde. Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunksender NOS sagte er schon vor einem Jahr, er hoffe, dass dieser Aufstand »friedlich und demokratisch« verlaufen werde.

Gut möglich, dass sich dieser »Aufstand« auch weiterhin, ganz dem Wilders'schen Duktus folgend, auf eine Abkehr von traditionellen Parteien und Europäischer Union sowie teils rabiate Ablehnung von Zuwanderung beschränken wird. Die immer wieder aufflackernde Zustimmung zur PVV bescheinigt entsprechenden Themen noch immer ein erhebliches Agitationspotential.

So hatte die PVV ihre höchsten Umfragewerte im Jahr 2015, als Wilders regelmäßig auf Twitter zum Widerstand gegen die Aufnahme von Flüchtlingen aufrief und ein Jahr später, nach seiner Verurteilung wegen Aufruf zur Diskriminierung. In seinem Abschlussplädoyer vor Gericht inszenierte sich Wilders als Vorkämpfer für die Meinungsfreiheit, unter die er seine Hetzrede verbuchte. Wilders bezeichnete das Verfahren als politischen Prozess, dessen Urteil schon feststünde. »Doch das Volk wird mich am 15. März freisprechen«, hofft er.

Ebenfalls Ende 2016 sorgte die jährlich wiederkehrende Rassismusdebatte um den Nikolaus-Helfer Zwarte Piet dafür, dass die Stimmung einmal mehr in Hysterie kippte. In einer Social-Media-Hasskampagne gegen die dunkelhäutige Antirassistin Sylvana Simons war von Abschiebephantasien bis Hinweisen auf einen KKK-Lynchmob alles vertreten.

Zur Eskalation trägt sicher auch ein gesellschaftliches Klima bei, das durch die Morde an Fortuyn und van Gogh besonders sensibilisiert ist. Mit den internationalen autoritär-patriotischen Tendenzen hat sich jedoch eine Situation ergeben, in der sich die jeweiligen nationalistischen Diskurse – etwa in den Niederlanden, Frankreich und Deutschland – überlappen und die entsprechenden Protagonisten einander unterstützend als Impulsgeber in Erscheinung treten.

Diese Konstellation geht zurück auf die jahrelangen Bemühungen von Wilders und Marine Le Pen um eine internationale Koordination der rechten Kräfte. Inhaltliche Unterschiede verschwinden hinter den gemeinsamen Zielen: gegen Zuwanderung und EU vorzugehen und eine identitären Kulturkampf gegen eine vermeintliche Islamisierung zu führen. Überzeugen konnte man sich davon etwa beim jüngsten Treffen der rechten EU-Parlamentsfraktion »Europe of Nations and Freedom« in Koblenz, wo kommende Wahlsiege beschworen wurden. Den Niederlanden könnte einmal mehr die zweifelhafte Rolle des Pioniers zukommen – Rechtspopulismus is coming home.

© Jungle World Verlags GmbH